

A stylized map of Guatemala composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Guatemala vor den Wahlen 2011

Eine Scheidung, viele Versprechen
und am Ende siegt der General

VALESKA HESSE
September 2011

- Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts, Sandra Torres, die Präsidentschaftskandidatin der Regierungspartei *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) und geschiedene Ehefrau des aktuellen Präsidenten, nicht als Kandidatin zuzulassen, hat der Wahlkampf eine unerwartete Wendung genommen.
- Der Kandidat der ultrakonservativen Partei *Partido Patriota* (PP), der ehemalige Militär Otto Pérez Molina, liegt in den Umfragen zwar weiterhin vorne, erfährt aber immer mehr Konkurrenz durch den Rechtspopulisten Manuel Baldizón von der Partei *Libertad Democrática Renovada* (Lider), der die Stimmen der UNE auffangen könnte.
- Der aktuelle Wahlkampf hat wieder die Dringlichkeit einer Reform der Parteien- und Wahlgesetzgebung vor Augen geführt, insbesondere in Bezug auf die private Parteienfinanzierung, die angesichts weitverbreiteter Verflechtungen zwischen Politik, mächtigen Wirtschaftsverbänden und organisierter Kriminalität besonders problematisch ist.
- Sowohl der Oberste Wahlgerichtshof als auch das Verfassungsgericht gehen gestärkt aus dem Prozess hervor, was angesichts der vorherrschenden Schwäche der Institutionen zu begrüßen ist.

Zum siebten Mal in der demokratischen Geschichte Guatemalas sind die Bürger(innen) des Landes am 11. September dazu aufgerufen, Bürgermeister(innen), Abgeordnete sowie ihre Regierungsoberhaupt zu wählen. Und eigentlich schien bei diesen Wahlen schon ein Jahr vorher alles klar. Der ehemalige Militär Otto Pérez Molina würde als Präsidentschaftskandidat für die ultrakonservative Partei *Partido Patriota* (PP) gegen Sandra Torres von der Regierungspartei *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) antreten, beide würden in die zweite Runde kommen und am Ende würde Otto Pérez mit einem mehr oder weniger geringen Vorsprung die Wahlen gewinnen. Aber dann kam es doch anders.

Vom Aufstieg und Fall einer Partei

Anfang August ratifizierte die höchste juristische Instanz des Landes, das guatemaltekeische Verfassungsgericht (*Corte Constitucional* – CC), einstimmig die zuvor gefällte Entscheidung des Obersten Wahlgerichts (*Tribunal Suprema Electoral* – TSE), Sandra Torres nicht als Kandidatin für die Präsidentschaftswahl zuzulassen. Torres Kandidatur war von Anfang an umstritten gewesen, weil sie als Ehefrau von Staatspräsident Álvaro Colom unter einen Verfassungsartikel fiel, der Familienangehörigen des aktuellen obersten Amtsinhabers verbietet, für dieses Amt zu kandidieren. Um diesen Verfassungsartikel zu umgehen, hatte sich das Ehepaar Colom-Torres im Frühjahr scheiden lassen, wobei Sandra Torres kein Hehl daraus gemacht hatte, dass der Grund für die Scheidung in ihren politischen Aspirationen lag. Als die UNE im Juni ihre Präsidentschaftskandidatin einschreiben wollte, lehnte das TSE dies ab, mit der Begründung, ihre Scheidung sei »betrügerisch« gewesen, da sie den einzigen Zweck gehabt habe, besagten Verfassungsartikel zu umgehen. Das Verfassungsgericht begründete seine Entscheidung nun nicht mit dem Betrug, sondern damit, dass Torres praktisch während der gesamten Amtszeit ihres Mannes auch mit diesem verheiratet gewesen sei und der Verfassungsartikel deshalb trotz ihrer Scheidung auf sie zutreffen würde.

Für die Partei UNE bedeutet die Entscheidung des Verfassungsgerichts einen schweren Schlag. Die Chance, im Juni, nach der Ablehnung von Torres, noch eine(n) andere(n) Kandidatin(en) aufzustellen, wurde verpasst – »Wenn ich nicht kandidiere, kandidiert keiner«, soll Tor-

res damals gesagt haben. Das hat sich nun bewahrheitet. Dass die UNE keine Präsidentschaftskandidatin vorzuweisen hat, wirkt sich auch negativ auf die Kandidat(innen) der UNE als Volksvertreter(innen) im Parlament und auf Gemeindeebene aus. Die Frage, ob Torres noch zugelassen werden würde, hat insgesamt – gewollt oder ungewollt – die gesamte Wahlkampagne der UNE beherrscht.

Auch die Zukunft der UNE als Partei ist unklar. Torres ist parteiintern eine umstrittene Figur und es scheint unwahrscheinlich, dass sie nach dem ersten Wahlgang noch die Macht haben wird, als »Zugpferd« die Partei hinter sich zu ziehen. Vielmehr wird vermutet, dass ein großer Teil der Abgeordneten, einmal ins Parlament gewählt, zu anderen Fraktionen überlaufen wird. Symptomatisch für die guatemaltekeische Parteienlandschaft ist auch, dass die UNE, die sich selbst als »sozialdemokratisch« bezeichnet, keine gefestigte Programmpartei ist, sondern eine kurzlebige Wahlvereinigung, die nur so lange zusammenhält, wie sie für ihre Mitglieder von Nutzen ist. Zwischen 1986 und 2008 wurden in Guatemala 58 Parteien neu gegründet, von denen heute nur noch vier existieren. In der UNE (Gründungsjahr 2002) kann man die Sozialdemokrat(innen) an einer Hand abzählen, längst schon dominieren neureiche Unternehmer(innen) und Mafiosi, die die Partei in weiten Teilen finanzieren. Wenn sie mit der UNE und Sandra Torres keine Wahlen mehr gewinnen können, gehen sie zur nächsten Partei oder gründen bzw. kaufen eine neue.

Rechts wählen oder noch rechter?

Inzwischen reist Torres landauf, landab und rührt die Werbetrommel für die lokalen Kandidat(innen) der UNE. Aus parteiinternen Kreisen ist zu vernehmen, dass man keine offizielle Wahlempfehlung für einen Präsidentschaftskandidaten aussprechen wird, aber alles tun werde, um »Otto« (Pérez Molina) von der PP, den bis jetzt aussichtsreichsten Kandidaten, zu verhindern. Das impliziert auch Allianzen mit Kandidaten, die weitaus radikaler sind als Pérez Molina. Der ehemalige General wird von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, die im Zusammenhang mit seiner Rolle während des Bürgerkriegs stehen. In der Region (Ixil/Quiché), in der Pérez Molina in den 1980er Jahren in führender Position stationiert war, wurden insgesamt über 20 Prozent der

indigenen Bevölkerung durch das Militär ausgemerzt. Pérez Molina hat die Vorwürfe seiner Beteiligung an den Massakern immer zurückgewiesen, und denjenigen, die für ihn stimmen wollen, scheinen sie sowieso nichts auszumachen. Auch Wikileaks-Inhalte, die ihn in die Nähe von der Familie Mendoza rücken, eine der mächtigsten und kriminellsten Familien in Guatemala, können ihm nichts anhaben. Pérez Molina steht für eine Politik der »harten Hand« sowie den Einsatz des Militärs, um die vorherrschende Gewalt und Kriminalität einzudämmen, eine liberale Wirtschafts- und eine unternehmerfreundliche Fiskalpolitik. Pérez Molina galt eigentlich schon lange als sicherer Gewinner der Wahlen. Nachdem seine stärkste Kontrahentin aus dem Rennen ist, wurde sogar spekuliert, ob es überhaupt noch zu einer zweiten Runde in der Präsidentenwahl kommen würde.¹

Allerdings holt nun einer auf, mit dem noch vor wenigen Wochen niemand gerechnet hatte. Manuel Baldizón, Präsidentschaftskandidat der Partei *Libertad Democrática Renovada* (Líder), am Anfang des Wahlkampfes noch belächelt, hat laut der letzten Umfrage der Zeitung *Prensa Libre* in den letzten zwei Wochen um ganze zehn Prozent in der Gunst der Wähler(innen) zugenommen. Auch wenn einige die Zahl für übertrieben und die *Prensa Libre* für käuflich halten – Baldizón profitiert von dem Vakuum, das die UNE hinterlässt. Baldizón, 41 Jahre alt, war selbst Mitglied der UNE, bevor er 2009 seine eigene Partei gründete. In seiner Zeit als Abgeordneter ist er vor allem aufgefallen, weil er eine Gesetzesinitiative für die Wiedereinführung der Todesstrafe eingebracht hat. Seine Wahlversprechungen reichen von der Qualifizierung des nationalen Fußballteams für die WM 2014 über die Erhebung der Bohne zum Weltkulturerbe bis zur Einführung einer Flat-Tax von fünf Prozent. In seinen Wahlspots fegt er symbolisch das Parlament leer und in seinen Wahlkampfauftritten verspricht er vollmundig jedem, was er hören will. Vor Universitätsstudent(inn)en kündigte er unlängst an, über 45 000 Stipendien vergeben zu wollen, woraufhin ihn die Student(inn)en darauf hinweisen mussten, dass es bei Weitem nicht so viele Studienplätze gibt. Sein letzter Vorschlag ist die Einführung eines 15. Monatsgehalts. »Wähle für dein 15. Monatsgehalt, wähle Baldizón« ist auf seinen Wahlplakaten zu lesen. Dagegen wirkt ein Otto Pérez Molina eher blass. Besonders bedenklich sind die nachgewiesenen Beziehungen

Baldizóns zum organisierten Verbrechen, das auch seine gesamte Kampagne finanziert hat.² Baldizón kommt aus dem nördlichen Petén, der Region, in der sich der Drogenschmuggel nach Mexiko und die Kartelle konzentrieren. Auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass Baldizón diese Wahlen am Ende noch gewinnt, so hat er sich zumindest für die Wahlen 2015 sehr gut positioniert.

Blick nach links

Aníbal García kandidiert zusammen mit der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú für die Wahlallianz linker Parteien und sozialer Bewegungen »Frente Amplio«. Menchú als Präsidentin, García als ihr Vize. Die letzten Umfragen wähen die Frente Amplio bei drei bis vier Prozent der Wählerstimmen. Dass die kleinen linken Parteien und sozialen Bewegungen wie die *Unidad Revolucionara Nacional Guatemalteca* (URNG-Maíz), *Movimiento Político Winaq*, *Alternativa Nueva Nación*, *Movimiento Nueva Republica* sowie ein Dutzend weitere Bauern-, Indigenen-, Frauen-, Gewerkschafts- und Studierendenorganisationen sich überhaupt in einer Wahlallianz zusammengeschlossen und auf eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatin geeinigt haben, hatte eigentlich Anlass zu vorsichtigem Optimismus gegeben. Dieser ist nun vorüber. Der erhebliche Mangel an finanziellen Ressourcen für die Kampagne und eine Verschwörung der Medien gegen die Frente sieht Aníbal García als Hauptgrund für den geringen Erfolg des Wahlbündnisses an. In der Stadt hängen tatsächlich vergleichsweise wenige Plakate, von denen Rigoberta und Aníbal in Kandidatenmanier herunterstrahlen. Und in den Medien wird die Frente ignoriert. Die Frente hat fast als einzige keine Gelder von der organisierten Kriminalität für ihre Wahlkampagne bezogen, sondern sich über Spenden und Anleihen von »solidarischen« Parteien aus der Region finanziert, zu denen es historische Beziehungen gibt. Diese Geldflüsse fallen bescheidener aus als die Narcodollars aus dem Petén. Aber die Frente ist nicht nur das Opfer eines korrupten und disfunktionalen politischen Systems. Rigoberta Menchú, da sind sich viele einig, ist eine würdige Nobelpreisträgerin, aber keine geschickte Politikerin. Die wohl international bekannteste Guatemaltekin sitzt in diesem wie im letzten Wahlkampf zwischen allen Stühlen: Die heterogene indigene Bevölkerung fühlt sich

1. Dies würde zutreffen, wenn der Kandidat im ersten Wahlgang 51 Prozent der Stimmen holt.

2. Siehe u.a. den Bericht »Power Brokers in Petén: Territory, Politics, and Business« zu finden auf der Seite <http://insightcrime.org/>

nicht von ihr repräsentiert, sondern vielmehr verraten. Zum einen, weil sie 2004 mit der konservativen Regierung von Oscar Berger zusammengearbeitet hat, zum anderen, weil sie als Unternehmerin viel Geld gemacht hat. Die in weiten Teilen rassistische Elite, Weiße oder Mestizos, würden nie eine Indigene als Präsidentin wählen, erst recht keine, die »linke« Ideen vertritt. Die Linken wiederum finden das Wahlprogramm von Menchú nicht links genug, Systemveränderung erschöpfe sich nun mal nicht in der Einforderung kultureller Rechte.

Nach außen hin wirkt die *Frente Amplio* wie ein loser Haufen, der sich mehr an seinen internen Fehden abgearbeitet hat, statt geschlossen ein kohärentes Wahlprogramm zu präsentieren. Und anders als man vielleicht hätte vermuten können, kommt es der *Frente* nicht zu gute, dass die UNE nun keine Präsidentschaftskandidatin mehr hat. Das hängt einerseits mit dem ideologisch unklaren Profil der UNE und ihrer Wähler(innen) zusammen, die sich nicht unbedingt in den Themen der *Frente* wiederfinden. Ein wichtiger Teil der Anhänger von Sandra Torres stammt zwar aus benachteiligten und ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen, aber ihre Unterstützung aus diesen Bevölkerungsgruppen beruhte auch auf den von der Regierung eingeführten Sozialprogrammen, die meistens direkte Cash-Transfers und andere Leistungen implizierten. Aufgrund der hohen Popularität der Sozialprogramme haben sich alle Kandidat(inn)en verpflichtet, sie fortzuführen. Die vollmundigsten Versprechen in diese Richtung machte auch hier Baldizón.

Dringend notwendige Reform der Parteien- und Wahlgesetzgebung

Aber es ist nicht nur die eingeschränkte Alternative – zumindest in der zweiten Runde – zwischen einer militärischen und einer populistischen Rechten, die diese Wahlen so perspektivlos erscheinen lässt. Die Fragmentierung und die lokalen Loyalitäten, die das politische System Guatemalas charakterisieren, werden sich auch dieses Mal im Kongress widerspiegeln. Laut den letzten Umfragen zeichnet sich ab, dass die Legislative ähnlich zersplittert sein wird wie in der aktuellen Legislaturperiode, in der sich 158 Abgeordnete auf 13 Parteien ver-

teilen (plus neun Unabhängige), was eine Mehrheitsbildung extrem schwierig macht. Die aktuelle Regierung war – neben ihren selbstverschuldeten Fehlritten – auch deshalb handlungsunfähig, weil systematisch alle ihre Gesetzesinitiativen im Parlament blockiert wurden. Dabei hat der aktuelle Wahlkampf wieder vor Augen geführt, wie dringlich eine Reform der Parteien- und Wahlgesetzgebung ist. Es dürfte jedoch schwierig sein, eine Mehrheit für eine solche Reform unter den vielen kleinen Parteien zu finden, da dadurch deren Existenz aufs Spiel gesetzt würde. Handlungsbedarf besteht auch in Bezug auf die notwendige Regulierung privater Parteienfinanzierung, im guatemalteckischen Kontext sind die weitverbreiteten Verflechtungen zwischen Politik, mächtigen Wirtschaftsverbänden und organisierter Kriminalität besonders problematisch. Die unkontrollierte private Finanzierung der Parteien hat zudem die Ausgaben für den Wahlkampf in Millionenhöhe getrieben. Die gesetzlich festgelegte Höchstsumme, die jede Partei für den Wahlkampf ausgeben darf, ist meistens schon nach dem ersten Tag oder dem ersten Fernsehspot überschritten, die Fernsehsender stellen Rechnungen für einen niedrigeren Betrag aus, der Rest wird schwarz gezahlt. Die Parteien legen auf Anfrage gefälschte Zahlen vor, und das Oberste Wahlgericht hat nicht die Durchsetzungskraft, die Verstöße zu ahnden.

In diesem Kontext schwacher Institutionalität ist positiv anzumerken, dass sowohl der Oberste Wahlgerichtshof als auch das Verfassungsgericht mit ihren Entscheidungen gestärkt aus dem gesamten Prozess gehen. Sicherlich sollte man nicht der Naivität aufliegen zu denken, dass nicht auch hier hinter den Kulissen politische Verhandlungen gelaufen sind. Aber das Verfassungsgericht hat seine Glaubwürdigkeit am 27. August noch einmal mit der Entscheidung bestätigt, die Auslieferung des ehemaligen (konservativen) Präsidenten Alfonso Portillo an die USA für verfassungskonform zu erklären. Portillo wird in New York wegen Geldwäsche von öffentlichen Geldern in Höhe von 70 Millionen US-Dollar während seiner Amtszeit angeklagt. Beide Entscheidungen des Verfassungsgerichts haben dazu beigetragen, bei den Guatemalteke(inn)en wieder ein Rechtsbewusstsein herzustellen. Nun müssen sie wählen gehen – rechts oder rechts.



Über die Autorin

Valeska Hesse ist Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in El Salvador, Guatemala und Honduras mit Sitz in San Salvador.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik
Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Tel.: ++49-30-26935-7484 | Fax: ++49-30-26935-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen:
info.lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-876-7